



# Interviews

6. August 2024

**Britta Haßelmann, Grünen-Fraktions-Vorsitzende, im Gespräch mit Dirk-Oliver Heckmann**

**Heckmann:** Der Streit um den Haushalt 2025, er wurde ja erbittert geführt und soll die Koalition an den Rand des Abgrunds gebracht haben. Nach dutzenden Treffen und rund 80 Stunden Beratung hatten Kanzler Scholz, Wirtschaftsminister Habeck und Finanzminister Lindner Ende Juli dann die Eckpunkte präsentiert. Doch die sind schon fast Makulatur, denn der Haushaltsentwurf sah mehrere Finanzkniffe vor, die erst noch rechtlich geprüft werden sollten. Ende vergangener Woche teilte Finanzminister Lindner dann öffentlich mit, ein Teil der Maßnahmen sei durchgefallen bei dieser Prüfung. Und seitdem überziehen sich die Koalitionspartner wieder mit heftigsten Vorwürfen wie gerade gehört. Uns telefonisch zugeschaltet ist jetzt Britta Haßelmann, Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Schönen guten Morgen, Frau Haßelmann.

**Haßelmann:** Guten Morgen, Herr Heckmann und natürlich allen Zuhörenden.

**Heckmann:** Rücksichtslos, unanständig, Selbstvermarktung, ein Eheberater würde wahrscheinlich sagen: Diese Ehe ist zerrüttet. Wäre es da nicht ehrlicher zu sagen, an dieser Stelle trennen wir uns?

**Haßelmann:** Also ich habe auch kein Verständnis dafür, dass gerade wichtige Fragen, die geklärt sein müssen für die Vorlage des Haushaltsentwurfes an das Parlament, öffentlich derartig ausgetragen werden. Für mich ist klar, ein Finanzminister kann nicht nur Lösungen verwerfen, er muss Lösungen entwickeln. Und am Ende wartet das Parlament darauf, dass die Bundesregierung einen Haushaltsentwurf vorlegt, den wir dann auch in aller Ruhe beraten können und der Grundlage für unsere Arbeit ist. Deshalb ist das nicht sehr professionell. Und ich habe das an dieser Stelle auch nicht verstanden, dass Christian Lindner die Öffentlichkeit sucht, um diese inhaltlichen Fragen dort auszuleben und auszutragen. Denn wir müssen uns doch klar sein, die Menschen im Land haben den Anspruch darauf, dass Politik Antworten gibt

und Lösungen entwickelt und diese dann auch darlegt. Und darum geht es ja jetzt auch gerade. Wir sind im dritten Regierungsjahr. Und wenn wir uns mal darauf konzentrieren würden, was wir alles angesichts der großen Herausforderungen schon hingekriegt haben und vorgelegt haben, woran wir mit voller Kraft arbeiten, darauf sollten wir unsere Zeit verwenden, darüber mit den Bürgerinnen und Bürgern zu sprechen.

**Heckmann:** Gut. Es läuft im Moment ein bisschen anders. Und Sie kritisieren, dass das Finanzministerium, Christian Lindner, an die Öffentlichkeit gegangen ist mit seinem Ergebnis sozusagen der Prüfungen. Nun sagt die FDP, Christian Dürr gestern bei uns im Deutschlandfunk, na ja, es wurde ja angekündigt, dass diese Prüfungen stattfinden und dann muss man ja nun auch der Öffentlichkeit Rechenschaft darüber ablegen. Aber Frau Haßelmann, das Bundesverfassungsgericht hat ja die Haushaltsplanungen für 2024 bereits kassiert, weil Corona-Mittel für andere Zwecke, nämlich den Klimaschutz, umgewidmet wurden. Das war verfassungswidrig. Wie schlau war es denn da von Scholz, Lindner und Habeck, also Ihrem Parteifreund, den aktuellen Haushaltsentwurf ebenfalls auf ungedeckte Schecks zu gründen, bei denen sich jetzt rausstellt, dass einschlägige Experten sagen, das ist verfassungsrechtlich problematisch oder sogar hochriskant?

**Haßelmann:** Also, selbstverständlich ist doch, dass die Bundesregierung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes mit großer Sorgfalt daran arbeitet – und das ist ja die letzten Wochen auch passiert – einen verfassungsgemäßen Haushaltsentwurf dem Parlament vorzulegen, dass wir dann in Ruhe in die Haushaltsplanberatungen einsteigen ab September. Und natürlich ...

**Heckmann:** Deswegen war es doch gut, dass diese Prüfung stattgefunden hat.

**Haßelmann:** Ja, natürlich. Ich habe doch nichts gegen Prüfungen. Ich bin sehr für Sorgfalt und ich bin auch sehr für Prüfung. Ich frage mich halt nur, warum man das zuallervorderst dann öffentlich erörtern muss, bevor man sich in der Bundesregierung darüber einmal berät und Wege aufzeigt, wie man Dinge ermöglicht. Und darum geht es ja. Wir stehen vor Riesenherausforderungen. Es tobt immer noch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine in Europa. Menschen wünschen sich nichts sehnlicher als Frieden. Gleichzeitig wissen wir, dass die Sicherheit in Europa gefährdet ist

und wir auch unsere Sicherheit mit der Unterstützung der Ukraine schützen. Wir haben gleichzeitig einen großen Investitionsstau in sämtlichen Bereichen, von der Sanierung der Brücken über die Investitionen in Bildung und in Klimaschutz und Energie. Und deshalb ringen wir doch an dieser Stelle gemeinsam um Lösungen, damit der Haushaltsrahmen, den wir haben, die Schuldenbremse, die wir haben, eine Modernisierung kriegt und braucht, denn wir wollen doch keine Zukunftsbremse auf die wichtigen Themen legen.

**Heckmann:** Ja, aber diese Modernisierung der Schuldenbremse will die FDP nicht. Das hat sie mehr als einmal klargemacht. Und Lindner möchte einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen. Das hat er auch klargemacht. Konkret geht es ja um die Umwandlung von Zuschüssen für die Deutsche Bahn und die Autobahn GmbH in Darlehen, die nicht auf die Schuldenbremse angerechnet würden, und um die Verwendung von nichtgenutzten KfW-Mitteln bei der Energiepreisbremse. Hätten da nicht auch bei Ihrem Parteifreund, bei Wirtschaftsminister Habeck, die Glocken schrillen müssen – das mit dem Umwidmen, das hatten wir ja schon mal?

**Haßelmann:** Also, wir haben, glaube ich, inzwischen in den letzten Tagen sehr unterschiedliche Einschätzungen und Auffassungen gehört, was von den Vorschlägen, die die Bundesregierung unter sich bisher erörtert hat, zu halten ist, wie sie einzuschätzen ist und wie man Lösungen finden kann.

**Heckmann:** Na ja, es gibt ja die Haltung der einschlägigen Experten.

**Haßelmann:** Ja, ich weiß. Ich kenne die Stellungnahmen des Beirates. Es gibt Möglichkeiten sicherlich – und da bin ich ganz zuversichtlich – die die Bundesregierung finden wird, diesen Haushaltsentwurf verfassungsgemäß vorzulegen, ohne im Bereich des sozialen Zusammenhaltes, der Fragen von Gerechtigkeit oder aber auch der notwendigen Investitionen in Klima und Energie weitere Einschnitte machen zu müssen. Denn es wäre jetzt zu diesem Zeitpunkt falsch, bei Investitionen zu kürzen. So, und ich glaube, wir sind einfach als Dreierkonstellation – SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen – natürlich unterschiedlich in unseren programmatischen Vorstellungen. Deshalb haben auch Menschen keinen Anspruch darauf, dass Politik immer völlig reibungslos und geräuschlos läuft. Aber wir sind in der Verantwortung, Antworten zu geben und Lösungen zu entwickeln und diese dann auch darzulegen. Und daran

arbeiten wir ja mit voller Kraft, dass der Alltag der Menschen sich spürbar verbessert. Und dafür gibt es sehr viele Beispiele. Und mein Appell ist einfach der, sich darauf zu konzentrieren, einmal zu sagen, was wir alles schaffen in diesen drei Regierungsjahren. Die Energiewende massiv beschleunigt, die Kommunen gestärkt, die Rente erhöht für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können oder aber das Kindergeld, den Kinderzuschlag erhöht.

**Heckmann:** Ich weiß, Frau Haßelmann, ist klar, dass Sie natürlich die Erfolge der Ampelkoalition nach vorne stellen wollen, aber jetzt reden wir gerade über den Haushalt und den Haushaltsstreit. Dabei möchte ich auch ganz gerne bleiben. Frau Haßelmann, Christian Dürr, Ihr FDP-Kollege, der hat hier gestern im Deutschlandfunk gesagt, in Grundzügen stehe der Haushalt. Fünf Milliarden Euro Einsparungen, das sollte stemmbar sein. Die Union wiederum spricht von einer Lücke von über 13 Milliarden. Sie haben auch gerade gesagt, Sie sind ganz zuversichtlich, zu einer Einigung zu kommen. Aber wie soll das denn funktionieren, wenn die FDP auf ihrer Position beharrt und SPD und Grüne auf ihrer? Sie haben gerade schon gesagt, beim Sozialen, bei der Entwicklungshilfe, beim Klimaschutz wird nicht gekürzt.

**Haßelmann:** Wir haben ja eine Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, den Menschen im Land und auch international. Und deshalb glaube ich, dass wir am Ende einen Weg finden werden. Und das haben ja durch die Beratungen von Olaf Scholz, Robert Habeck und Christian Lindner auch die Vorarbeiten für den Entwurf dieses Haushaltes gezeigt. Man muss sich die Herausforderungen ansehen und Lösungen dafür entwickeln. Das ist mein Punkt. Das ist jetzt meine Erwartung an den Bundeskanzler, an den Finanzminister, hier etwas vorzulegen, was das Parlament dann in Ruhe und aller Sorgfalt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landes beraten kann ab September.

**Heckmann:** Sachsens Ministerpräsident Kretschmer, der möchte gern beim Bürgergeld sparen. Der Welt hat er gesagt, Tausende könnten arbeiten, tun es aber nicht. Er fordert eine Beweislastumkehr. Wer Bürgergeld wolle, müsse nachweisen, dass er nicht in der Lage ist zu arbeiten, erst dann dürfe es Geld geben. Hat er damit einen Punkt?

**Haßelmann:** Ich finde, Herr Kretschmer sollte sich einmal mit der Rechtslage zu den Fragen Sozialgesetzgebung beschäftigen, statt jeden Tag irgendeine neue Idee, die schlagwortartig dann seinen Niederschlag in der Presse findet, rauszuhauen. Wir wissen doch heute schon, dass bevor Menschen Hilfe und Unterstützung bekommen - das heißt Sozialleistungen gewährt werden, umfangreiche Prüfungen über Vermögen, Besitzverhältnisse, Einkommensnachweise geliefert werden müssen und wir wissen auch, dass die Fragen von Zugang zu Arbeit, Arbeitsaufnahme, Qualifizierung und Beschäftigung gesetzlich ganz klar geregelt sind und welchen Vorrang sie haben - bevor jemand Sozialleistungen bekommt, sei es Bürgergeld oder andere Sozialleistungen. Und ich halte nichts davon, durch solche einfachen, sehr populistischen Vorschläge so Nebelkerzen in den Raum zu stellen, als würde man dadurch große Veränderungen erzielen. Wir haben eine riesige Arbeits- und Fachkräftekrise im Land und unser Schlüssel, Menschen, inländische Potenziale, die wir bisher nicht gehoben haben, zu heben. Heißt: investieren in Qualifizierung, in Beschäftigung und Jobaufnahme. Und da würde ich mir nicht so viele Gedanken darüber machen, wie sie sich Herr Kretschmer in Sachsen macht.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*